

# Protokollauszug

aus der  
39. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversamm-  
lung der Landeshauptstadt Potsdam  
vom 11.04.2018

---

öffentlich

**Top 7.13 Wohnungsbauentwicklungskonzept 2035  
18/SVV/0181  
an Gremium überwiesen**

Der Antrag wird vom Stadtverordneten Friederich namens der Fraktionen CDU/ANW und SPD eingebracht und anschließend die **Überweisung** in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beantragt.

**Antrag zur Geschäftsordnung:**

Der Stadtverordnete Dr. Scharfenberg, Fraktion DIE LINKE, beantragt die Überweisung ebenfalls in den Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion sowie den Hauptausschuss.

**Abstimmung:**

Die **Überweisung** in die **Ausschüsse für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr** sowie **Gesundheit, Soziales und Inklusion** und in den **Hauptausschuss** wird

**mit Stimmenmehrheit angenommen.**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ausgehend vom Wohnungspolitischen Konzept und dessen Fortschreibung mit DS 17/SVV0878 ein Stadtentwicklungskonzept „Wohnungsbau 2035“ zu entwickeln. Ziel ist es, die für die prognostizierten 220.000 Einwohner im Jahre 2035 die erforderlichen Wohnungsbauflächen zu identifizieren und deren Eignung für die weitere Wohnbebauung zu prüfen. Dabei ist auch zu prüfen, wie der festgelegte 20 prozentige Anteil der Pro Potsdam am Wohnungsbestand erreicht und gesichert werden kann.

Zu berücksichtigen und zu prüfen sind:

- die notwendigen Flächen für die benötigte soziale Infrastruktur für pflichtige und freiwillige Einrichtungen in den neuen Wohngebieten,
- ausreichende Sportflächen,
- ausreichende Flächen für Handel und Gewerbe,
- die Möglichkeiten und Grenzen des ÖPNV, der Straßen, Radwege, sowie ausreichende Stellplätze für Fahrzeuge jeder Art,
- die Sicherung der identifizierten Flächen für den Wohnungsbau bzw. die als notwendig erachtete soziale Infrastruktur,
- die Belange des Weltkulturerbes und des Naturschutzes.
- Wohnungsentwicklung unter demographischen und familienpolitischen Entwicklungen

Das Konzept ist abschließend bis Ende 2019 zu entwickeln. Zwischenberichte sollen alle sechs Monate im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen gegeben werden.